

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WM/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die grüne Republikruine](#)
2. [Hamas: Netanjahus geliebter Feind](#)
3. [Israel: USA schicken Militär-Berater, Baerbock torpediert Friedensgipfel](#)
4. [Die Glaubwürdigkeit des Westens](#)
5. [Israel-Hamas-Krieg: Angst vor „Cancel Culture“ unter Berliner Studenten](#)
6. [Zehntausende demonstrieren in EU-Ländern für eine „gerechte“ Palästina-Lösung](#)
7. [Israelische Gewalt an der libanesischen Grenze vertreibt 19.000 Menschen: Israel bombardiert libanesishe Städte](#)
8. [Wieder »keine Erkenntnisse«](#)
9. [Der Herbst des Patriarchen - Joe Biden passt zu den USA ...](#)
10. [US-Politiker müssen ihre Herzen von "bösen" Gedanken befreien](#)
11. [Starker Anstieg: Mehr als eine Million Kinder in Großbritannien in schwerster Armut](#)
12. [Diese Zinslücke zeigt, wie sehr Banken ihre Kunden schröpfen](#)
13. [Beratungsstellen laufen Sturm gegen die Abschottung der Behörden durch Digitalisierung](#)
14. [Nachhaltig abgewirtschaftet](#)
15. [Konrad-Wolf-Preis in Berlin: Wir verlangen zu handeln!](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die grüne Republikruine**

Es knarzt und kracht gefährlich im Gebälk der Republik, meint unser Kolumnist. Der erste Parteichef, dem die Grünen offen egal sind, könne jetzt Kanzler werden. Das morsche Gebälk einer verwahten Republik droht gerade uns über dem Kopf

zusammenzustürzen. Manche stehen wegen des vernehmlichen Knarzens und Krachens bereits im Freien und winken den arglos Verharrenden - um nicht selten Hohngelächter dafür zu ernten: „Wir haben hier drinnen Freiheit und Demokratie, du Spinner!“ Doch die Fassade reißt und der Firstbalken splittert. Frieden, Bildung, Föderalismus, Wirtschaft - überall verlorenes Vertrauen.

Frieden: Das vereinte Deutschland, das seine gewaltfreie Entstehung auch einem Vertrauensvorschuss der letzten Sowjetführung verdankt und von dem nie wieder Krieg ausgehen sollte, ist tief in einen Krieg verstrickt. Baerbock hat im Februar gar verkündet: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“, bis sie das als „Versprecher“ zurücknahm - wie zuvor den grünen Wahlkampfslogan „Keine Waffen in Kriegsgebiete!“ Die USA bauen auch mit deutschem Steuergeld ein Militärhospital mit 4.000 Betten - um die Einrichtung in Landstuhl mit nur 150 Betten zu ersetzen. Es wird verbesserte Kriegsinfrastruktur aufgebaut. Der Südwestrundfunk freut sich über die tolle Fassade: „Aufwendig geschwungen soll sie eine riesige wehende US-Fahne symbolisieren.“

Bildung: Im schimmigen Keller der Republikruine, den Berliner Schulen, essen und trinken viele Schüler weniger, weil sie sich vor den Schultoiletten ekeln (so zu lesen in der Zeit). Lehrer streiken für kleinere Klassen, während statt für die Schulen für Tötungsgerät ein „Sondervermögen“ aufgestellt wird. (Ein „Sondervermögen“ vermag, was ein Vermögen nie vermöchte: als Schulden zu Buche zu stehen.)

Quelle: [Michael Andrick in der Berliner Zeitung](#)

2. **Hamas: Netanjahu geliebter Feind**

Jahrelang haben Netanjahu und die religiöse Rechte in Israel die Hamas gestärkt - auf Kosten der Anti-Terror-Instanz, der moderaten Palästinensischen Autonomiebehörde. Nachdem das Massaker Netanjahus Regierung stabilisiert hat, bleibt es unklar, ob Israel die Hamas im Gazastreifen entwaffnen und stürzen wird.

Quelle: [Makroskop](#)

3. **Israel: USA schicken Militär-Berater, Baerbock torpediert Friedensgipfel**

Der militärische Aufmarsch rund um Israel geht weiter. Washington schickt nun auch Militärberater - offenbar für die geplante Offensive in Gaza. Derweil torpediert Berlin einen Friedensgipfel. [...]

Nun lägen sich Außenministerin Baerbock und EU-Chefdiplomat Borrell in den Haaren, meldet der „Spiegel“. Baerbock habe sogar eine Abschlusserklärung beim Kairoer „Friedensgipfel“ verhindert.

Offenbar versteht sie doch etwas von Diplomatie - wenn es darum geht, eine Feuerpause zu verhindern und einen Friedensgipfel zu torpedieren...

P.S. Baerbock hat bei der UNO in New York für „humanitäre Fenster“ für eine Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen geworben. Doch sie ist weiter gegen

eine Waffenpause. Das verstehe wer wolle...

Quelle: [Lost in Europe](#)

4. **Die Glaubwürdigkeit des Westens**

In einem beispiellosen Protestschreiben attackieren rund 850 EU-Mitarbeiter die eigenmächtige Politik von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Krieg im Gazastreifen. Hintergrund ist die Debatte, wie sich Brüssel nach den Hamas-Massakern vom 7. Oktober zu den israelischen Angriffen auf den Gazastreifen und zum Abschneiden der Zivilbevölkerung von Nahrung und Wasser verhalten soll. Während eine EU-Mehrheit von Israel die Einhaltung des humanitären Völkerrechts fordert, hatte von der Leyen das zunächst unterlassen und damit faktisch die Position Berlins übernommen. Dazu heißt es in dem Protestschreiben, man sei „besorgt“ über „die scheinbare Gleichgültigkeit“ gegenüber Zivilisten in Gaza: „Die EU riskiert all ihre Glaubwürdigkeit.“ Schon vergangene Woche hatten Diplomaten gegenüber der Financial Times geurteilt, der Maßstab, den man gegenüber Russland im Ukraine-Krieg anwende, müsse auch im Gaza-Krieg gelten. Weil dies offenkundig nicht der Fall sei, müsse man jetzt davon ausgehen, dass die Staaten des Globalen Südens „uns nie wieder zuhören“. Schon bei der nächsten UN-Ukraine-Resolution werde man „eine große Explosion in der Zahl der Enthaltungen sehen“.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu: **Bombenkrieg tötet weiter**

Höchste Zahl an Toten in Gaza innerhalb eines Tages. Israels Armee wartet auf Befehl. Am Dienstag meldeten die Behörden in Gaza, dass innerhalb von 24 Stunden mehr als 700 Palästinenser durch israelische Luftangriffe getötet wurden – die höchste Zahl seit Beginn des Bombenkriegs gegen die abgeriegelte Enklave. Insgesamt wurden 5.791 Palästinenser getötet, darunter 2.360 Kinder und Jugendliche, 800 Minderjährige werden vermisst. Ziel ist die Zerstörung der Hamas. [...]

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu behauptete bei einem Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, Israel wolle »alles tun, um palästinensische Zivilisten aus der Gefahrenzone herauszuhalten«. [...]

Daniel Hagari kündigte im Hinblick auf die bevorstehende Bodenoffensive an, das Militär sei »bereit und entschlossen« und erwarte politische Anweisungen für die nächste Stufe des Krieges. Während sich die humanitäre Situation stündlich verschlechtert, Krankenhäuser ihren Betrieb aufgeben müssen, kritisierte der Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, die vom Westen forcierte »uneingeschränkte Solidarität« und fordert in einer Rede vor dem Schura-Rat des Golfstaats: »Es reicht. Israel sollte kein bedingungsloses grünes Licht und keine uneingeschränkte Genehmigung zum Töten erhalten.«

Quelle: [junge Welt](#)

5. **Israel-Hamas-Krieg: Angst vor „Cancel Culture“ unter Berliner Studenten**

Wie stehen Berliner Studenten zum Krieg in Israel? Die Berliner Zeitung fragte vor Ort nach. Dann erreichte sie die Mail einer Universitätsleitung.

Studenten tickten schon immer politisch. Deshalb wäre es eigentlich zu erwarten, dass sich Studenten an Berliner Universitäten zum Krieg zwischen Israel und der Hamas in aller Klarheit äußern. Vor Ort bietet sich jedoch ein anderes Bild: Viele Studenten wollen mit der Berliner Zeitung entweder anonym oder gar nicht reden. [...]

Ein paar Tage später ist die Stimmung an einer anderen Berliner Hochschule ähnlich. Die Studenten, mit denen die Berliner Zeitung gesprochen hat, verurteilen die Taten der Hamas mal mehr oder weniger scharf, die meisten solidarisieren sich mit den Palästinensern. [...]

Einige Studenten kritisieren die Art, wie soziale Medien ihren Nutzern Informationen über den Krieg im Nahen Osten bereitstellen. Auf Instagram tendiere der Algorithmus eher in eine proisraelische Richtung, behauptet ein junger Jura-Student. Dabei seien in seinem Bekanntenkreis viele eher propalästinensisch eingestellt.

Er ist der Ansicht, dass die Palästinenser „in die Ecke gedrängt“ worden seien. Andererseits verteidige sich Israel gegen Terroristen, sagt er. Auch er will lieber anonym bleiben – sagt aber, er habe keine Angst davor, seine Meinung zu sagen. Ganz im Gegensatz zu einem großen Teil seiner Mitstudenten. Die hätten oft Angst, etwas Falsches zu sagen. Der Grund dafür? „Cancel Culture und so ein Shit.“ [...]

Die Universität, an der die eingangs erwähnte Judaistik-Vorlesung stattfand, wirkt nervös. Die Universitätsleitung hat der Berliner Zeitung per E-Mail Vorhaltungen gemacht, sich „unter die Studierenden gemischt“ zu haben. Die Studenten, die die Berliner Zeitung befragt hat, waren nach eigenen Angaben volljährig. Auch angesichts des gehäuften Wunsches nach Anonymisierung stellt sich die Frage, ob die politische Haltung von Studenten im Nahost-Konflikt nicht an die Öffentlichkeit kommen soll.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

6. **Zehntausende demonstrieren in EU-Ländern für eine „gerechte“ Palästina-Lösung**

In Deutschland geht weitgehend unter, dass sich in anderen EU-Ländern viele Menschen für ein „sofortiges Ende“ des israelischen Vorgehens gegen Palästinenser einsetzen, ohne sich hinter die Hamas und ihren Terror zu stellen. Die spanische EU-Ratspräsidentschaft kommt in Konflikt mit Israel, das Regierungsmitgliedern vorwirft, sich mit Terroristen „verbündet“ zu haben, weil sie Netanyahu wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof sehen wollen.

In Deutschland herrscht praktisch nur ein Diskurs zum Konflikt zwischen Israel und

Palästina vor. Dass der blutige Konflikt in anderen EU-Ländern deutlich differenzierter gesehen wird, geht in der Berichterstattung in deutschsprachigen Medien meist genauso unter, wie die Kritik, die es auch aus verschiedenen Regierungen an dem Vorgehen Israels vor allem gegen Gaza gibt. So wird auch nicht oder kaum über große Proteste berichtet, die sich angesichts von schon etwa 5000 getöteten Palästinensern und andauernden Bombardements für ein „sofortige Ende“ des israelischen Vorgehens gegen die Palästinenser einsetzen und auch die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser einfordern.

Wurde über die Demonstration mit bis zu 100.000 Menschen am vergangenen Samstag in London noch berichtet, fielen ähnlich große Demonstrationen fast ganz unter den Tisch, die im Verhältnis zur Bevölkerung sogar noch deutlich größer waren.

Quelle: [Overton Magazin](#)

7. Israelische Gewalt an der libanesischen Grenze vertreibt 19.000 Menschen: Israel bombardiert libanesishe Städte

(Eigene Übersetzung)

Am Montag teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) mit, dass über 19.000 Menschen aufgrund der Angriffe der israelischen Streitkräfte auf die libanesishe Schiitengruppe Hisbollah gezwungen wurden, ihre Häuser im Libanon zu verlassen.

Vom 8. bis 21. Oktober dokumentierte die IOM 19.646 Binnenvertreibungen, von denen 6.792 in den letzten drei Tagen des untersuchten Zeitraums stattfanden, die mit einer Eskalation der Zusammenstöße zusammenfielen.

Laut einer von der UNO-Organisation veröffentlichten Karte fanden die meisten Vertreibungen im Südlibanon statt, einer Region, die an Israel grenzt.

Zu den wichtigsten Aufnahmestädten gehören Beirut, Sidon und Tyrus, wo bisher Notunterkünfte eingerichtet wurden, um den von den Auseinandersetzungen Betroffenen Zuflucht zu bieten.

Seit dem 8. Oktober kommt es zu grenzüberschreitenden Angriffen zwischen der libanesischen Schiitengruppe Hisbollah und den israelischen Streitkräften, zu denen sich auch palästinensische Gruppierungen auf libanesischem Gebiet bekennen.

Die Gewalt hat sich von Tag zu Tag verschärft und zu einem nahezu ständigen Feuergefecht geführt, bei dem die Hisbollah Raketen und Mörser abfeuerte und die israelische Seite Artillerie- oder Luftangriffe flog.

Diese Eskalation hat die Befürchtung aufkommen lassen, dass der Libanon zu einer zweiten Front im Konflikt zwischen Israel und den militanten Kämpfern im Gazastreifen werden könnte, während die libanesishe Regierung sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene Kontakte unterhält, um die Situation einzudämmen.

Quelle: [Telesur](#)

8. **Wieder »keine Erkenntnisse«**

Dokumentiert: Fragen der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen zu rechtsextremen Einflüssen in der ukrainischen Politik und die dürftigen Antworten der Bundesregierung.

junge Welt dokumentiert auszugsweise die kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen »Rechtsextreme Einflüsse in der ukrainischen Politik« sowie die Antworten der Bundesregierung. Sie knüpft an eine frühere parlamentarische Anfrage der Politikerin zum Thema Faschismus in der Ukraine an, die jW nebst Antworten der Bundesregierung darauf Ende September veröffentlicht hat.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Augen zu vor Kiews Nazis**

Bundesregierung gibt sich hinsichtlich der Kooperation der ukrainischen Regierung mit Faschisten ahnungslos und liefert munter weiter Waffen.

Die Bundesregierung verschließt ihre Augen davor, dass deutsches Kriegsgerät in der Ukraine auch in die Hände von Neonazis gelangt. Seit 2022 hat sie dem Land Waffen im Wert von rund 18 Milliarden Euro geliefert oder zugesagt – auf Kosten deutscher Steuerzahler. Dass Kiew mit Ultrarechten kooperiert und Waffen damit auch an europaweit vernetzte Neonazis geraten, interessiert in der Ampel aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht weiter. Das ist die Quintessenz einer 22 Seiten langen Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage »Rechtsextreme Einflüsse in der ukrainischen Politik« der Abgeordneten Sevim Dagdelen, die diese Woche auf der Website des Bundestags veröffentlicht wurde.

Quelle: [junge Welt](#)

9. **Der Herbst des Patriarchen - Joe Biden passt zu den USA ...**

Unser Kolumnist aus den USA, Patrick Lawrence, versucht hier zu erklären, warum die US-Außenpolitik so schlecht ist, wie sie gegenwärtig tatsächlich ist. Er neigt in seiner Analyse zur Annahme, dass es nicht an der Person von Joe Biden liegt, sondern dass die ganze US-Außenpolitik noch nicht begriffen hat, dass das ganze US-Empire – jahreszeitlich ausgedrückt – im Herbst angekommen ist. (cm)

Wenn der jordanische König Abdullah II. ein geplantes Gipfeltreffen mit Präsident Biden absagt, wenn Abdel Fattah al-Sisi, der ägyptische Präsident, ein Treffen mit dem US-Präsidenten ablehnt, wenn Mahmoud Abbas, der Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde, Bidens Telefonate nicht entgegennimmt: Angesichts der außergewöhnlichen Ablehnung, die Joe Biden während seiner Nahostreise in der vergangenen Woche erfuhr, ist es an der Zeit, daraus den Schluss zu ziehen, dass die

erneute Gewalt zwischen Israel und Gaza das Biden-Regime bereits viele alte Freunde gekostet hat – in einer Region, in der Washingtons Einfluss einst unangefochten war. Lasst uns die Augen etwas öffnen. Xi Jinping, der chinesische Präsident, hat schon vor Monaten aufgehört, mit Biden zu reden. Wladimir Putin hat mehrfach deutlich gemacht, dass er keinen Sinn mehr darin sieht, mit Biden zu reden oder sich mit ihm zu treffen, denn, so der russische Präsident bei zahlreichen Gelegenheiten, es sei unmöglich, Biden beim Wort zu nehmen. Der große Plan des Weißen Hauses von Biden, die Normalisierung der Beziehungen Israels zum saudischen Königreich zu unterstützen – dessen De-facto-Führer, Kronprinz Mohammed bin Salman, Präsident Biden offen verachtet –, scheint nun so gut wie tot zu sein.

Quelle: [Globalbridge](#)

10. **US-Politiker müssen ihre Herzen von “bösen” Gedanken befreien**

(Eigene Übersetzung)

In einem kürzlich geführten Medieninterview bezeichnete Mitch McConnell, der Führer der Minderheit im US-Senat (Republikanische Partei), China, Russland, Nordkorea und den Iran als die “neue Achse des Bösen” und erklärte, dass sie eine direkte Bedrohung für die USA darstellen. Diese an die fanatische und grausame Sprache der mittelalterlichen europäischen “Inquisition” erinnernde Rhetorik eines prominenten Politikers der mächtigsten Nation des 21. Jahrhunderts, der China, einen wichtigen Handelspartner von über 140 Ländern und Regionen, beschreibt, ist sowohl absurd als auch zutiefst beunruhigend. Es kann nur tiefe Besorgnis über den Wahnsinn der amerikanischen Ideologie und die enormen Risiken, die sie mit sich bringen kann, hervorrufen.

McConnell ist nicht der erste, der sich so äußert, und angesichts des derzeitigen ungesunden politischen Klimas und der Trägheit in der US-Politik wird er wahrscheinlich auch nicht der letzte sein. [...]

Es ist offensichtlich, dass sich polarisiertes Denken und ideologische Paranoia in Washington rasch ausbreiten. Wenn ein Land, das über das mächtigste Militär der Welt verfügt, auf eine Art und Weise handelt, die an die “Inquisition” erinnert – einfach, grob und extrem –, dann wird das sicher beängstigende Folgen haben. [...] Wenn einige Politiker in Washington solche Dinge sagen, kann man sie als Spinner abtun. Wenn es jedoch viele sind, die so etwas sagen, dann sollte Washington eine kollektive Selbstprüfung und Reflexion durchführen. Diese Angelegenheit darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Quelle: [Global Times](#)

11. **Starker Anstieg: Mehr als eine Million Kinder in Großbritannien in schwerster Armut**

Warm, trocken, sauber und satt: Mehr als eine Million Kinder in Großbritannien leben

offenbar in so großer Not, dass diese Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Die Zahl hat sich seit 2017 fast verdreifacht.

Mehr als eine Million Kinder in Großbritannien leben einer Studie zufolge in schwerster Armut. Die Zahl habe sich von 2017 bis 2022 fast verdreifacht, teilte die Wohltätigkeitsorganisation Joseph Rowntree Foundation (JRF) mit, wie unter anderem die britische Zeitung »The Independent«

schreibt. Insgesamt lebten 3,8 Millionen Menschen in Großbritannien in diesen Verhältnissen. Als Not leidend gilt, wer nicht in der Lage ist, grundlegendste körperliche Bedürfnisse zu befriedigen: warm, trocken, sauber und satt zu bleiben. Grund für den erheblichen Anstieg sei eine Kombination aus sehr niedrigem Einkommen, steigenden Lebenshaltungskosten und hoher Verschuldung, hieß es in dem Bericht. Zudem schütze das Sozialsystem die Menschen nicht - nur knapp drei Viertel der Bedürftigen (72 Prozent) bezögen Hilfsleistungen.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

12. **Diese Zinslücke zeigt, wie sehr Banken ihre Kunden schröpfen**

Auf der Haben-Seite profitieren Bankkunden vom historischen Zins-Anstieg der EZB kaum. Gleichzeitig steigen die Dispozinsen drastisch - auf bis zu 17 Prozent. Eine aktuelle Analyse zeigt, welche Institute besonders kräftig abkassieren. Sparer sollten jetzt dringend reagieren.

Sparer müssen in diesen Tagen schmerzhaft einen neuen Begriff lernen: „deposit beta“. Die Bezeichnung ist am ehesten mit dem sperrigen Wort „Einlagen-Zinsreagibilität“ zu übersetzen. Banker benutzen den Begriff, wenn sie von ihren Rekordergebnissen berichten und auch im jüngsten Finanzstabilitätsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) taucht er auf.

Dabei ist „deposit beta“ per se nichts Schlimmes. Es handelt sich um eine Kennzahl, die misst, wie schnell Zinsänderungen der EZB an die Bankkunden weitergegeben werden. Bei den meisten Banken ist das „deposit beta“ kollabiert, sprich: Von den Zinsanhebungen der Notenbank haben die Sparer bislang wenig.

Und genau das macht die Kenngröße zum Ärgernis. Anders ergeht es dagegen Bankkunden, die kein Guthaben auf dem Konto haben, sondern in den Miesen stecken. Die Dispo-Zinsen steigen gerade im Rekordtempo, hier werden die steigenden EZB-Zinsen an die Kunden offensichtlich weitergegeben. Gerade erst haben Schuldnerberatungen gewarnt, dass der Zinsanstieg viele Menschen überfordert, die notorisch klamm sind und ihren Dispo ausreizen.

Quelle: [Welt Online](#)

13. **Beratungsstellen laufen Sturm gegen die Abschottung der Behörden durch Digitalisierung**

Wie verlogen die Sprüche von der Digitalisierung sind, die dazu diene, die Verwaltung

bürgerfreundlicher zu machen, zeigt ein offener Brief von 25 Hamburger Bürgerberatungsstellen. Diese beklagen, dass die digitalen Möglichkeiten zur Antragsstellung und Terminvergabe nicht wie versprochen zusätzlich eingerichtet werden, sondern dazu dienen, eine ausgedünnte Verwaltung gegen Bürger abzuschotten.

Direkte Zugänge zu den Hamburger Behörden müssen erhalten bleiben! Migrations- und Sozialberatungsstellen kritisieren dysfunktionale Effekte der Digitalisierung Auch die Ämter haben ihren kundennahen Beratungs- und Dienstleistungsauftrag zu erfüllen. Die Erreichbarkeit der Behörden wird trotz zunehmender Digitalisierung insgesamt schlechter, nicht besser. Digitale Zugangserfordernisse erhöhen für viele Menschen generell die Schwellen zu Ressourcen (Leistungen, Wohnungssuche, etc.) und grenzen weniger gebildete, ältere, nicht deutschsprachige und von Armut betroffene Menschen aus. Vor dem Hintergrund mangelnder digitaler Bildung und finanzieller Voraussetzungen verstärkt diese Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen die soziale Ungleichheit.

Quelle: [Norbert Häring](#)

14. **Nachhaltig abgewirtschaftet**

Gut gemeint ist sie ja, die Idee von der nachhaltigen Holznutzung. In der Realität führt sie den Amazonas noch näher an den Abgrund, sagen Fachleute. Dabei gäbe es Alternativen.

von Norbert Suchanek

Einzelne wertvolle Bäume entnehmen und dann sich den Wald regenerieren lassen: Auf dem Papier klingt das Konzept der nachhaltigen Holzwirtschaft gut.

Amazonien, so sagt es der renommierte Klimawissenschaftler und Amazonasexperte Carlos Nobre, befinde sich am Rand des Abgrunds. Einige Regionen stünden schon nahe an einem Punkt ohne Wiederkehr oder hätten ihn bereits überschritten: der Süden des Bundesstaates Pará, der Norden von Mato Grosso, der Bundesstaat Acre im Südwesten, listet Nobres Forscherkollege Philip M. Fearnside auf. Überall dort könnte der artenreiche Regenwald über die Maßen abgeholzt sein, und wo noch Wald steht, ist der Prozess der »Savannisierung« womöglich heute schon in vollem Gang.

Fearnside arbeitet am nationalen Amazonasforschungsinstitut INPA in Manaus, Nobre forscht an der Universität von São Paulo. Nur wenn sofort gehandelt würde, könne man die schlimmsten Folgen verhindern, sagt Nobre. Wie das gelingen könnte, dazu hat er gemeinsam mit 75 weiteren Fachleuten und dem Weltressourceninstitut (WRI) einen Vorschlag für ein neues, ökologisches Wirtschaftsmodell des Amazonasgebiets erarbeitet.

Eine zentrale Erkenntnis dabei: Die »nachhaltige Forstwirtschaft«, die seit gut drei Jahrzehnten als Königsweg in die Zukunft des Amazonasbeckens gilt, kann ihre

wichtigsten Versprechen nicht einlösen.

Quelle: [Spektrum](#)

15. **Konrad-Wolf-Preis in Berlin: Wir verlangen zu handeln!**

Am Sonntag ging Konrad-Wolf-Preis 2023 an Julian Assange, Aktivisten riefen dort zum Handeln auf

Eine Verleihung in Abwesenheit: Am Sonntagabend wurde in Berlin der mit 5000 Euro dotierte Konrad-Wolf-Preis an der Akademie der Künste verliehen. Der Preisträger ist der heute 52-jährige Julian Assange, der am Tag der Verleihung bereits 1655 Tage im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert ist. »We Open Governments – damit wir wissen«, erinnert die Jury an die Idee des Wikileaksgründers. Sie widmete Assange den Preis, weil er sich zum Ziel setzte, Regierungshandeln zu beleuchten, das sonst im Verborgenen bliebe. Und das gelang. [...]

4948 Tage ist es her, dass am 5. April 2010 der 39-minütige Film »Collateral Murder« erschienen ist, der die Brutalität des Kriegshandelns im Irak in einer Weise zeigte, die bis zum damaligen Zeitpunkt kaum Verbreitung erfahren hatte. [...]

»US-Präsident Joe Biden nennt ihn einen High-Tech-Terroristen. Assanges Versuch der Berufung gegen die gerichtlich bereits erfolgte Genehmigung der Auslieferung an die USA, ist abgelehnt«, so der Dokumentarfilmer Thomas Heise in der Laudatio zur Preisverleihung. »Das Schweigen der Bundesregierung dröhnt. Aber die Wunden bleiben offen.« [...]

Weltweit setzen sich seit Jahren unterschiedliche Gruppen mit Mahnwachen und regelmäßigen Aktionen für die Freilassung von Assange ein. In einem Brief, der »nd« vorliegt, werben die Aktivist*innen für das Konzept der »friedlichen Bedrängung« und fordern beispielsweise Bundestagsabgeordnete dazu auf, in jeder Rede im Parlament einen Appell für die Freilassung von Assange unterzubringen. Zeitungen sollen an prominenten Plätzen im Blatt mit Zitaten von Assange auf seine andauernde Haft aufmerksam machen. »In der Hoffnung, dass sich das Blatt doch noch wendet und wir dem an Assange begangenen Unrecht nicht weiter zuschauen müssen«, schreibt Christian Deppe, Mitinitiator der Kampagne »Stadtasyl für Julian Assange in Berlin.«

Quelle: [nd](#)